

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 15.08.2017, Seite 6 / Ausland

Von Gerrit Hoekman

16.08.2017

Milizen drohen Helfern

Seenotretter stellen Tätigkeit vor libyscher Küste ein



Folgen der EU-Abschottungspolitik: Beisetzung für im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge im maltesischen Msida (23.4.2015)

Foto: Lino Arrigo Azzopardi/EPA/dpa

Drei der acht im Mittelmeer tätigen Hilfsorganisationen zur Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen stoppen ihre Aktion vorübergehend. Die Gefahr für die Besatzungen sei zu groß geworden, teilten die Organisationen am Sonntag mit. »Wir können natürlich nur da arbeiten, wo unsere Mitarbeiter sicher sind«, sagte Volker Westerbarkey, Präsident der

deutschen Sektion von »Ärzte ohne Grenzen«, am Montag im *Deutschlandfunk*. Auch »Save the Children« und »Sea Watch« bleiben mit ihren Schiffen erst einmal im Hafen.

Am vergangenen Mittwoch hatte die libysche Küstenwache Warnschüsse auf das Schiff der spanischen Hilfsorganisation »Proactive Open Arms« abgefeuert und dem Kapitän über Funk unmissverständlich klargemacht, dass es demnächst nicht bei Warnschüssen bleiben würde. Die Spanier waren offenbar bei der Rettung von Schiffbrüchigen in die Nähe der Zwölfmeilenzone vor der Küste gekommen, was laut Seerecht im Notfall legitim wäre. Die libysche Küstenwache erhebt in jüngster Zeit allerdings Anspruch auf eine sogenannte Such- und Rettungszone von 70 Seemeilen. Außerdem habe sie erklärt, dass sie »ungewünschte Seenotrettung von Organisationen wie unserer verhindern wird, behindern wird«, sagte Westerbarkey im *Deutschlandfunk*.

Mit dem Rückzug der drei großen Hilfsorganisationen zeigt die Zusammenarbeit zwischen der EU und der vom Westen eingesetzten »Einheitsregierung« in Tripolis einerseits und den vielen lokalen Milizen andererseits die ersten Früchte: Die Flüchtlinge ertrinken entweder im Mittelmeer oder werden von der Küstenwache zurück in das von Krieg zerstörte Land gebracht.

»In Libyen werden die Migranten von Milizen in Internierungslager gepfercht. Die Bundesregierung will diese Anstalten mit weiteren Millionen unterstützen«, kritisierte der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Andrej Hunko, bereits am Montag vergangener Woche in einer Pressemitteilung. Andere Flüchtlinge werden gefoltert, an Bäumen aufgehängt oder als Sklaven gehalten. Frauen berichten von Vergewaltigungen.

Anfang Juli beschlossen die zuständigen EU-Minister bei einem Treffen in Tallinn, 45 Millionen Euro an die libysche Küstenwache zu überweisen. Unter anderem soll die Rettung der Flüchtlinge in Zukunft von Libyen aus organisiert werden und nicht mehr wie bisher von Rom aus. Italien geht sogar noch einen Schritt weiter und schickte vergangene Woche Kriegsschiffe nach Tripolis, um selbst nach Schiffbrüchigen zu suchen und sie dann an die libysche Küstenwache zu übergeben.

Libyens sogenannte Küstenwache ist schon lange kein Staatsorgan mehr, sondern befindet sich zum Teil in der Hand islamistischer Rebellen. Seitdem das Land in einen blutigen Bürgerkrieg versunken ist, gibt es keinen Zentralstaat mehr. Nach Ansicht der europäischen Grenzschutztruppe »Frontex« sind Militär und Polizei in Libyen am Menschenschmuggel beteiligt. Diese Leute sollen für die Europäische Union die Türsteher geben.

Bereits in den vergangenen Wochen hatten die EU-Staaten ihr Vorgehen gegen die Hilfsorganisationen verschärft. Die Schiffe der Flüchtlingshelfer finden immer schwerer einen Hafen, in dem sie einlaufen dürfen. Oft liegen sie tagelang auf hoher See bevor sie die Erlaubnis erhalten. Anfang August wurde das Schiff »Juventa« der Organisation »Jugend rettet« auf Sizilien wegen angeblicher illegaler Unterstützung von Einwanderung beschlagnahmt.

An Bord des »Save the Children«-Schiffs wurden verdeckte Ermittler enttarnt, die sich offenbar als Sicherheitsleute ausgegeben hatten. »Leider ist eine Maschinerie in Gang gekommen, die darauf abzielt, die Zahl derer zu verringern, die nach Europa kommen«, sagte Francesca Mapelli, die Sprecherin der italienischen Sektion von »Ärzte ohne Grenzen« am vergangenen Donnerstag gegenüber der Zeitung *Tagesspiegel*.